



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge

58. Sitzung (öffentlich)

6. November 2003

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:20 Uhr

Vorsitz: Bodo Champignon (SPD)

Stenografin: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Schulmüden Jugendlichen weiter Chancen auf eine Berufsausbildung geben - Programm „Betrieb und Träger“ weiterführen!

1

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 13/4323

Vorlage 13/2369

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP, TOP 1 von der Tagesordnung abzusetzen und die abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum an den federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie am 26. November 2003 durchzuführen.

- 2 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Ermächtigung zum Erlass von Ausbildungs- und Prüfungsordnungen für die Berufe des Gesundheitswesens und der Familienpflege und zur Änderung der Verordnung zur Regelung der Zuständigkeiten nach Rechtsvorschriften für nichtärztliche und nicht tierärztliche Heilberufe** 2

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4344
Vorlage 13/2342

Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum einvernehmlich die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs.

- 3 Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen und zur Änderung anderer Gesetze** 3

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/3855

Der Ausschuss führt die Aussprache zur Anhörung vom 11. Juli 2003 (APr 13/936) durch.

Dieser Gesetzentwurf der Landesregierung soll gemeinsam mit dem Antrag der CDU-Fraktion, Drucksache 13/2281, „Gesetz zur Änderung des Landesfischereigesetzes“ in der AGS-Sitzung am 26. November 2003 zur abschließenden Beratung und Abstimmung über eine Beschlussempfehlung an das Plenum zur 2. Lesung aufgerufen werden.

- 4 Die bundeseinheitliche Altenpflegeausbildung modern und mit hoher Qualität in NRW sicherstellen - Menschen für Ausbildung und Berufstätigkeit in der Altenpflege gewinnen** 5

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4033

StS'in Prüfer-Storcks gibt eine Stellungnahme ab. Der Ausschuss diskutiert. - Dieser Punkt soll am 26. November 2003 abgeschlossen werden.

5 Auch das Sterben ist ein Teil des Lebens

12

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3217 - 2. Neudruck -

In Verbindung damit:

Multiprofessionelle Versorgung von schwerstkranken Patienten sicherstellen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3849

In Verbindung damit:

Für ein menschenwürdiges Sterben in einer humanen Gesellschaft

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/3968

Der Ausschuss strebt eine gemeinsame Regelung an.

6 Verschiedenes

13

Wegen einer Klausurtagung der SPD-Fraktion am 3. Dezember 2003 wird die für diesen Tag vorgesehene AGS-Sitzung nunmehr am 8. Dezember 2003 ab 15 Uhr stattfinden.

AGS-Ausschuss

06.11.2003

58. Sitzung (öffentlich)

roe-beh

angezeigt, da sich eine verantwortliche Entscheidung nur in Kenntnis der vom Ministerium angekündigten Daten treffen lasse.

Der **Ausschuss** beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP, TOP 1 von der Tagesordnung abzusetzen und die abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum an den federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie am 26. November 2003 durchzuführen.

2 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Ermächtigung zum Erlass von Ausbildungs- und Prüfungsordnungen für die Berufe des Gesundheitswesens und der Familienpflege und zur Änderung der Verordnung zur Regelung der Zuständigkeiten nach Rechtsvorschriften für nicht-ärztliche und nichttierärztliche Heilberufe

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/4344

Vorlage 13/2342

- Abschließende Beratung und Abstimmung über eine Beschlussempfehlung an das Plenum zur 2. Lesung.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung, so **Vorsitzender Bodo Champignon**, sei durch das Plenum am 2. Oktober 2003 zur alleinigen Beratung an den AGS überwiesen worden. Dem AGS liege mit Vorlage 13/2342 das bereits für die Sitzung am 8. Oktober 2003 vorbereitete Redetyposkript des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie vor.

Dr. Jana Pavlik (FDP) verweist auf einen Rundbrief der Krankenhausgesellschaft an die Krankenhäuser, dem zufolge die Ausbildung erst am 1. April 2004 statt am 1. Januar 2004 fortgesetzt werden könne.

StS'in Prüfer-Storcks (Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie) erklärt, nach dem nunmehr beabsichtigten Beratungsverfahren sei ein In-Kraft-Treten des Gesetzes zum 01.01.2004 möglich und damit eine nahtlose Fortsetzung der Ausbildung gewährleistet.

Rudolf Henke (CDU) spricht sich für sofortige Beschlussfassung aus, was die Krankenhausgesellschaft veranlassen könnte, einen ergänzenden Brief zu schreiben.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Plenum einvernehmlich die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs.